

# Zukunft der Hochschule – Hochschule der Zukunft?

Hessische Parteien positionieren sich in Diskussionsrunde an der Goethe-Universität

Das Jahr 2013 steht im Zeichen von Bundestags- und Landtagswahlen. In Hessen wird am 22. September dabei auch über unterschiedliche hochschulpolitische Konzepte abgestimmt. Welche Positionen die einzelnen Fraktionen im Landtag vertreten, war Anfang Juni Thema einer Diskussion auf dem Campus Westend. In der von Christine Burtscheidt und Olaf Kaltenborn moderierten Runde mit den hochschulpolitischen Sprechern aller im Landtag vertretenen Parteien widmete man sich einleitend der Frage, wie Lehre dauerhaft finanziert werden kann. Während Rolf Müller (CDU) mit Hinweis auf den aktuellen Wissenschaftsetat des Landes („den größten, den es je gab“) die Universitäten insgesamt gut ausgestattet sieht, plädierten die Vertreter von SPD, Grünen und Linken für eine Anhebung des Grundbudgets. „Pro Studierenden haben die Unis heute sogar weniger Geld zur Verfügung als noch 2008“, beklagte Janine Wissler (Linke). Dabei sei der Studierendenaufwuchs kein „Zwischenhoch“, sondern ein dauerhafter. Matthias Büger (FDP) hielt dagegen: Die Mittelzuweisung pro Studierenden in Regelstudienzeit sei grundsätzlich richtig, jedoch benö-

tige man darüber hinaus qualitative Kriterien. Bürger machte sich für das Leistungsprinzip bei der Mittelvergabe stark, auch bei der Forschungsförderung. „Drittmittel sind nicht des Teufels“, warf Rolf Müller in die Runde. Ohne Drittmittel kämen die Hochschulen heute nicht mehr aus. Kritisch beäugt dagegen die Linke die Verpflichtung der Hochschulen per Gesetz, Drittmittel einzuwerben.

Hessischen Regierungskoalition nach Möglichkeit fortgeführt werden soll, schränke tendenziell die Autonomie der Hochschulen ein, monierte auch Gernot Grumbach (SPD). Zusammen mit Daniel May (B90/Grüne) forderte Grumbach, die Förderung außeruniversitärer Forschungseinrichtungen zugunsten der Universitäten zurückzuführen. Konsens war bei den Vertretern von CDU, FDP, SPD und B90/

May brachte die Idee ins Spiel, dass im Sinne eines Subsidiaritätsprinzips die Autonomie beim Bauen, wie sie der Goethe-Universität eingeräumt wird, allen Hochschulen gewährt wird. Grundsätzlich seien verschiedene Modelle von Universitäten vorstellbar, so Gernot Grumbach; Diskussionsbedarf gebe es allerdings noch bei der Frage, an welcher Stelle der Staat seine Zuständigkeiten abgeben soll und welche Gremien an den Hochschulen gestärkt werden sollen. Ein gravierender Dissens zeichnete sich dann bei der Bewertung der Hochschulräte ab: Während FDP-Mann Bürger die Einführung des Gremiums als erfolgreiche Maßnahme dafür sieht, die Gesellschaft stärker an der Entwicklung einer Hochschule zu beteiligen, kritisierte Grumbach den Einfluss des Hochschulrates: „Dieser sollte keine Entscheidungsbefugnisse erhalten.“ Janine Wissler kritisierte, dass das Gremium demokratisch nicht legitimiert sei. In der anschließenden Diskussion antworteten die Fraktionssprecher auf Fragen aus dem Publikum. Die im Rahmen der Bachelorstudiengänge anvisierte Regelstudienzeit von sechs Semestern sei oftmals nicht zu halten, da viele Studierende neben dem Studium arbeiten müssten, lautete eine

Wortmeldung. Gegen eine zweisemestrige Erweiterung wehrte sich Rolf Müller entschieden: „Das sollte nicht zum Einfallstor für eine längere Studiendauer werden.“ Janine Wissler verwies auf den geringen Anteil von Studierenden, die BAföG erhielten, ergänzte aber: „Es gibt an sich gute Gründe, länger zu studieren.“ Gernot Grumbach sprach sich für flexiblere Studienmodelle aus, wie z. B. ein Studium in Teilzeit. *df*



(v. l. n. r.): Olaf Kaltenborn (Goethe-Uni); Matthias Büger (FDP); Rolf Müller (CDU); Gernot Grumbach (SPD); Christine Burtscheidt (Goethe-Uni); Janine Wissler (Die Linke); Daniel May (B90/Grüne). Foto: Lecher

„Hier wird die Autonomie zur Moglepackung.“ Ein Forschungsprogramm wie LOEWE, das nach Aussage der beiden Vertreter der

Grüne, dass die Autonomie einer Stiftungsuniversität wie der Goethe-Universität ein Gewinn für die Hochschullandschaft sei. Daniel

Mehr zum Programm der Parteien im UniReport 3/2013:

➤ [www2.uni-frankfurt.de/46766639/UR-3\\_Landtagsfraktionen\\_Fragen.pdf](http://www2.uni-frankfurt.de/46766639/UR-3_Landtagsfraktionen_Fragen.pdf)

Fortsetzung von Seite 1 – Ein weiteres Instrument des Dialoges mit den Studierenden

inakzeptabel. Wir unterstützen daher alle Projekte, die dazu beitragen, dass hier relativ zeitnah eine Verbesserung eintritt. Konkret in Planung befinden sich zurzeit etwa der Bau des neuen Wohnheims an der Hansaallee am Campus Westend, der innerhalb der nächsten drei Jahre 400 neue Plätze in Aussicht stellen wird; ein neues Wohnheim der städtischen ABG-Gesellschaft am Campus Niederrad sowie der Neubau eines Wohnheims am Campus Riedberg durch das Studentenwerk.

Aber auch die Initiative [www.wohnraum-gesucht.de](http://www.wohnraum-gesucht.de), bei der das Studentenwerk zusammen mit der Universität, dem AStA und der Stadt Privatpersonen darum bittet, preiswerten Wohnraum anzubieten, zählt zu den wichtigen Aktivitäten. Allein darüber ließen sich im vergangenen Semester etwa 350 zusätzliche Plätze finden. Nicht zuletzt sind wir im Gespräch mit privaten Investoren; so werden im nächsten Jahr Appartements in der Nähe des Campus Riedberg entstehen.

60 % der Studierenden geben an, einen Auslandsaufenthalt anzustreben, und 25 % haben dies bereits vor dem oder während des Studiums gemacht. Wie kann man noch mehr Studierenden ermöglichen, ins Ausland zu gehen?

Mit dem International Office haben wir eine Anlaufstelle, die Studierende bei der Umsetzung von geplanten Auslandsaufenthalten unterstützt. Ein erster Schritt wäre sicherzustellen, dass dieses Beratungsangebot auch allen Studierenden bekannt ist. Darüber hinaus müssen während des Studiums die erforderlichen Freiräume geschaffen werden, um Auslandsaufenthalte zu ermöglichen. Auch eine transparente Anrechnungspraxis von Studienleistungen, die im Ausland wie Inland akzeptiert wird, ist von zentraler Bedeutung, denn ansonsten bleiben Studierende zuhause. Inwiefern auch Auslandspraktika angeboten werden, müssen die einzelnen Fachbereiche entscheiden. Das hängt stark vom jeweiligen Studiengang und den potentiellen Arbeitsmöglichkeiten nach dem Studium ab.

Überraschend ist doch, dass 85 % der Bachelor-Studierenden einen Master-Abschluss anstreben. Wie erklären Sie sich diese hohe Zahl?

Es gab schon immer Hinweise darauf, dass der Bachelor in vielen – aber gewiss nicht allen – Fächern als der berufsqualifizierende Abschluss angesehen wird. Auch die Arbeitgeber müssen sich immer noch auf die neuen Abschlüsse umstellen. Das führt zu erheblichen Unsicherheiten bei den Studierenden, die sich fragen, ob sie mit einem Bachelor einen adäquaten Job finden – mit einem Master fühlen sie sich auf der sicheren Seite. Bei der Befragung kam aber auch heraus, dass sich über 38 % der Studierenden mehr Unterstützung bei der Kontaktaufnahme zu potentiellen Arbeitgebern wünschen. Hier sollten wir gezielt mehr Praktiker/-innen, am besten Absolventen/-innen, nach Frankfurt einladen, um unseren Studierenden Berufsfelder außerhalb der Wissenschaft aufzeigen zu können.

Viele Studierende erwarten nicht, dass sie mit den im Bologna-Modell vorgesehenen Studienzeiten auskommen. Hauptgründe dafür sehen sie in der Erwerbstätigkeit neben dem Studium und in der Überschneidung von Lehrveranstaltungen. Wie kann die Universität darauf reagieren?

Genau an diesem Punkt helfen uns die differenzierten Ergebnisse auf Fachbereichs- und Studiengangsebene. So zeigt sich zum Beispiel bei der Studienorganisation, dass Lehrveranstaltungen nicht überall überschneidungsfrei besucht werden können. Das Ganze hat auch eine politische Dimension: Laut dem Hochschulpakt erhalten die hessischen Hochschulen nur Mittel für Studierende innerhalb der Regelstudienzeit; sobald diese überschritten ist, gibt es kein Geld mehr vom Land! Dieses Finanzierungsmodell muss grundsätzlich hinterfragt und – so glaube ich – verändert werden. Nach unserer Erhebung planen nur etwa 30 bis 50 % der Bachelor- und Masterstudierenden einen Abschluss innerhalb der Regelstudienzeit; stünde ihnen jeweils ein Semester mehr zur Verfügung, wäre der Erfolg

weitaus größer, da sich in dieser Zeit bereits bis zu 70 % einen Abschluss zutrauen. Hier müsste also die Alimentierung den realen Gegebenheiten wieder angepasst werden, so wie es auch früher der Fall war, als das Land Mittel für Studierende in der Regelstudienzeit plus 2 Semester gab.

Trotz einiger Kritikpunkte würden 80 % der Studierenden die Goethe-Uni weiterempfehlen – das ist ein doch sehr erfreulicher Aspekt!

Ja – und darauf sind wir auch sehr stolz! Das zeigt uns, dass bei allen Problemen und berechtigter Kritik das Studium an der Goethe-Universität sehr wohl geschätzt wird. Wir haben uns in den vergangenen Jahren intensiv um die Verbesserung von Studium und Lehre gekümmert – ablesbar auch an den „Bologna-Werkstätten“ und dem Bund-Länder-geförderten Projekt „Starker Start ins Studium“. Es sieht so aus, als ob wir hier auf dem richtigen Weg wären. Und hier wie an anderer Stelle hilft die Studierendenbefragung sehr: Wir wissen nun, welche Studierende wir haben, welche Sorgen, Nöte, Wünsche sie haben, wir wissen aber auch, wo unsere Stärken und Schwächen liegen. Auf dieser Grundlage können wir die nötigen Veränderungen planen und durchführen. Daher noch einmal einen herzlichen Dank an alle Beteiligten! Die Fragen stellte Dirk Frank.

Mehr zur Studierendenbefragung unter

➤ [www2.uni-frankfurt.de/43608865/startpunkt-studierendenbefragung](http://www2.uni-frankfurt.de/43608865/startpunkt-studierendenbefragung)